

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2010

Europa

Deutschland

I (4031) **Augsburg**. Wie wenig die katholische Kirche an einer echten Aufarbeitung der sexuellen Verfehlungen ihrer Mitarbeiter interessiert ist, sobald die Öffentlichkeit nicht mehr genau hinschaut, zeigt das folgende Beispiel:

Das Bistum Augsburg hat einen angeblich „externen“ Beauftragten für Fälle von sexuellem Missbrauch oder körperlicher Gewalt an Minderjährigen berufen. Es ist der frühere Richter am Oberlandesgericht München, Otto Kocherscheidt. Er wird von einem Arbeitsstab im Generalvikariat unter Leitung des stellvertretenden Generalvikars der Diözese „unterstützt“, dem auch ein weiterer (katholischer) Jurist und eine katholische) Diplom-Psychologin angehören, die beide von der Bistumsleitung ausgesucht wurden. Die Diözese Augsburg behauptet, mit dieser (nach eigener Darstellung „verbesserten“) Struktur von Fachleuten und Ansprechpartnern zukünftig Opfern von Gewalttaten oder von sexuellem Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen schneller Hilfe leisten und entsprechenden Taten vorbeugen zu wollen. Verschwiegen wird allerdings, dass Kocherscheidt in verschiedenen katholischen Gremien aktiv war oder noch ist und daher keineswegs „extern“, sondern am Wohl der katholischen Kirche (und damit auch an einer möglichst positiven Berichterstattung über sie) interessiert ist. Es handelt sich also um ein rein innerkatholisches und von vornherein parteiisches Gremium. (Pressemitteilung der Diözese Augsburg, 26.3.10; MIZ-Eigenrecherchen)

I (4032) **Karlsruhe**. Schon Kleinstkinder sollten nach den Konzepten der badischen und der württembergischen evangelischen Landeskirchen bereits in Krippen und Kindertagesstätten einer religiösen Gehirnwäsche unterzogen werden um später an eigenständigem Nachdenken gehindert zu werden. Das suggestive Heranführen an Religion sollte jedoch unter dem harmlos klingenden Slogan „Die Liebe Gottes spüren“ erfolgen. Dazu müssten kirchliche Erzieherinnen teilweise auch eine Grundausbildung als Religionspädagoginnen erfahren.

Dies ist das Ziel der Autoren einer 30-seitigen Broschüre, in der Tipps für Mitarbeiterinnen in Tageseinrichtungen zusammengestellt sind. Die Arbeitshilfe „Religion von Anfang an“ zeigt auf, wie in den ersten drei Lebensjahren religiöse Beeinflussung vermittelt werden kann. Kindern müsse eingetrichtert werden, „dass wir alle – Kinder und Erwachsene – jemand brauchen, der für uns da ist und an den wir uns wenden können“. Wichtige Elemente seien „Berührung“, Einfühlungsvermögen und Wertschätzung. (Mit dem fachgerechten Berühren von Kindern kennen sich religiöse Institutionen ja schon jetzt bestens aus, Anm. der MIZ-Red.) Dazu beschreibt die Arbeitshilfe mehrere Rituale, zum Beispiel beim Essen oder vor dem Einschlafen. Herausgeber des Papiers sind das Religionspädagogische Institut der badischen Landeskirche, das Pädagogisch-Theologische Zentrum der württembergischen Landeskirche, das Diakonische Werk in Baden und der Evangelische Landesverband für Tageseinrichtungen für Kinder in Württemberg. Wie sich die Landes- und Kommunalpolitiker zu diesen grundgesetz- und menschenrechtswidrigen Vorschlägen stellen, ist bisher nicht bekannt. Offen ist

auch noch, ob auch nichtchristliche Kinder in den Genuss einer solchen Behandlung kommen sollen. (*idea*, 21.4.10)

I (4033) **Düsseldorf**. Die Konfessionslosen haben bei den Landtagswahlen in NRW den Einzug der Linken ins Parlament überhaupt erst möglich gemacht. Zwölf Prozent von ihnen gaben ihre Stimme dieser Partei, die insgesamt 5,6 % erreichte. Bei den Protestanten und Katholiken kam sie nur auf fünf bzw. vier Prozent. Auch die Grünen (insgesamt 12,1 %) holten bei den Kirchenfreien mit 17 Prozent weit mehr als bei Kirchengebundenen (12 bzw. 10 Prozent). Im Gegensatz zur Bundestagswahl blieb auch die SPD bei den Konfessionslosen mit 36 Prozent über dem Gesamtergebnis von 34,5 %, büßte dort aber immerhin sieben Prozentpunkte ein (insgesamt nur 2,6 %). Auch die FDP wurde für ihre Kirchenfreundlichkeit abgestraft: Während sie insgesamt um 0,5 auf 6,7 % zulegte, fiel sie bei den Konfessionsfreien um einen Prozentpunkt auf nunmehr sieben. Die CDU verlor bei den Konfessionsfreien mehr als ein Drittel ihres bisherigen Anteils und sank um zehn Punkte auf 19 Prozent, während sie bei Protestanten nur von 36 auf 27 Prozent fiel. Von den Katholiken wählten immer noch 46 Prozent (minus zehn) die Konservativen.

Die evangelischen Kirchenleitungen in NRW zeigten sich enttäuscht über die niedrige Wahlbeteiligung und erschrocken über den Einzug der Linken in den Landtag. Der westfälische Präses Alfred Buß äußerte sich „dankbar“, dass die NPD nicht in den Landtag eingezogen ist. „Dem anderen Extrem, den Linken, ist zu widerstehen“, betonte Buß. „Sie wollen Gott aus der Verfassung streichen, den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und die Schulen in privater Trägerschaft abschaffen.“

Die westfälische Kirche werde jedoch ihre Anliegen bei den Koalitionsverhandlungen konsequent einbringen.

Drei christliche Kleinstparteien mit rechtsextremem Gedankengut, die bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai angetreten waren, konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu 2005 hingegen verbessern. Die Partei Bibeltreuer Christen (PBC), erhielt 9.404 Zweitstimmen (2005: 6.361), das katholische „Zentrum“ verünffachte fast seine Stimmenzahl auf 6.031 (2005: 1.261), die AUF-Partei bekam 5.243 Zweitstimmen. Auch wenn die als religiöse Fanatiker eingestuft Miniparteien damit insgesamt nur 0,3 % der Stimmen bekamen, gilt der Zuwachs christlicher Extremisten von 13.000 auf rund 21.000 als bedenklich. (Mitteilungen von *Infratest dimap*, 10.5.10; *idea*, 10.5.10)

Anm. *MIZ*-Red.: Der letzte Satz aus der evangelischen Verlautbarung ist höchst informativ. Wir wussten bisher noch gar nicht, dass die Kirchen bei den Koalitionsverhandlungen mit am Tisch sitzen.

I (4034) **Berlin**. Nach sieben Monaten Untersuchungshaft und einem von der Öffentlichkeit interessiert verfolgten Prozess ist ein Berliner "Drogenarzt" zu vier Jahren und neun Monaten Haft verurteilt worden. Der Mediziner, der der esoterischen Szene zumindest nahe steht und nach Meinung vieler Beobachter auch direkt angehört, hatte im Rahmen einer "psycholytischen" Gruppentherapiesitzung im September 2009 Drogen an die Teilnehmer verabreicht, wonach zwei Männer starben und fünf Patienten Vergiftungen erlitten.

Das Gerichtsurteil von fiel im Vergleich zu den vom Staatsanwalt geforderten acht Jahren Gefängnis milde aus. Als niedergelassener Arzt und Psychotherapeut darf der Verurteilte jedoch nicht mehr arbeiten. Da er weiter an seiner gefährlichen und

nicht anerkannten Therapieform festhalte, sei ein solches Berufsverbot nötig, befand das Gericht. Es schloss allerdings eine zukünftige Tätigkeit in einem Krankenhaus-Team nicht aus, da es dort nicht zu solchen Vorfällen kommen könne, hieß es in der Urteilsbegründung. Darüber hinaus sei der Arzt von Anfang an geständig gewesen und hätte sich um Rettung bemüht. Außerdem stellte das Gericht ein "erhebliches Mitverschulden" der Patienten fest, die freiwillig und bewusst illegale Substanzen zu sich genommen hätten um über eine „Bewusstseinsweiterung“ zu einer „inneren Heilung“ zu gelangen. Beobachter (und indirekt auch das Gericht) forderten die Ärzte- und Psychotherapeutenkammern auf, ihre Aufsichtspflicht ernster zu nehmen, da derartige esoterische Heilsversprechen und entsprechende Methoden auf dem Gesundheitsmarkt weit verbreitet und mitunter äußerst gefährlich seien. (Materialdienst der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* [EZW], 9/2009 und 5/2010)

I (4035) **Frankfurt/Berlin**. Das von 18 Religiösen betriebene Strafverfahren gegen die Satirezeitung *Titanic* wegen deren mehrdeutigen April-Titelblatts – es zeigte von hinten einen Priester, dessen Gesicht sich dem Körper des gekreuzigten Jesus nähert – wurde mit deutlichen Worten eingestellt. Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt schrieb wörtlich: "Der öffentliche Friede wird durch die Zeichnung nicht gestört, da dieser bereits durch den Missbrauchsskandal gestört worden ist."

Auch der Deutsche Presserat hat die Beschwerden von insgesamt 198 Christen als unbegründet zurückgewiesen. Die Petenten sahen vor allem einen Verstoß gegen die Ziffer zehn des Pressekodex. Darin heißt es: „Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.“ Wie der Presserat am 28. Mai in Berlin mitteilte, sah der Beschwerdeausschuss dies jedoch anders. Die Vorsitzende Ursula Ernst: „Hier wird nicht Jesus oder der christliche Glaube verhöhnt, sondern das Verhalten christlicher Würdenträger kritisiert, die sich ihren Schutzbefohlenen gegenüber falsch verhalten haben. Eine Kirche, die dies deckt oder nicht genügend zur Aufklärung beiträgt, muss auch mit dieser Art von Kritik leben.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 21.4.10; *idea*, 28.5.10)

I (4036) **München**. Der Ökumenische Kirchentag (ÖKT) von Katholiken und vor allem Protestanten intern wegen der geringen Resonanz als enttäuschend bewertet. Nachdem 2003 zum ersten Treffen dieser Art noch 200.000 Dauerteilnehmer kamen, wurde diesmal die vorsichtige Parole „weit über 100.000“ ausgegeben, was viele als „taktisches Tiefstapeln“ ansahen. Tatsächlich wurden es dann rund 120.000, was zur selbstkritischen Frage führte „Warum kann der 2. ökumenische Kirchentag bei gleich lohnendem Programm und Veranstaltungsort nur halb so viele Christen mobilisieren wie der Berliner Vorgänger?“ Als Antwort verlautete, dass neben den Missbrauchsskandalen und den gestiegenen Kirchengaustrittszahlen sich auch bei der Ökumene nichts mehr tut. Sogar der prominente Wittenberger Pfarrer Schorlemmer sprach deshalb von einem „Etikettenschwindel“. Ein evangelischer Journalist resümierte: „Die Stichwörter Käßmann, Missbrauch, Ökumene, so irreleitend sie für sich allein wären, weisen doch alle drei auf eine Kirche, die mehr mit sich selbst als mit der Welt beschäftigt ist. Die Kirchentagsklassiker Frieden und Bewahrung der Schöpfung dominieren nicht mehr. Da war kein globaler Menschenrechtsaktivist, kein G8-Gipfel als Ziel einer Kirchentagsresolution, keine Kampfansage an das politische Establishment.“ (*Evangelisches Sonntagsblatt Bayern*, 9. u. 16.5.10)

I (4037) **Oldenburg**. Auf geradezu erpresserische Weise hat das Oldenburger Diakonische Werk drei unrentable Altenheime saniert. Alle 180 Mitarbeiter wurden gezwungen, neue Arbeitsverträge zu unterschreiben, mit denen sie rund 20 Prozent weniger verdienen als bisher. Der kaufmännische Diakonie-Vorstand Joachim von der Osten behauptete, trotz der Einbußen verdienten die Beschäftigten auch künftig bei der Diakonie mehr als bei einigen privaten Anbietern, doch stellte sich heraus, dass diese deutlich untertarifliche und teilweise sogar am Rande des Legalen liegende Hungerlöhne zahlen. Die gemeinsame Mitarbeitervertretung des Diakonischen Werkes Oldenburg stimmte dem Konzept zu, weil sonst die Einrichtungen geschlossen worden wären. Die Gründung von drei neuen Betriebsgesellschaften sichert die Arbeitsplätze jedoch nur vorläufig. Die Evangelische Altenhilfe Stephanusstift in Delmenhorst sowie die Oldenburger Seniorenzentren Büsingstift und Schützenweg hatten am 24. März Insolvenz angemeldet, weil die *Oldenburgische evangelische Kirche* ihre bescheidenen Zuschüsse nicht mehr aufrecht erhalten wollte; sie überweist nach eigenen Angaben für sämtliche Sozialeinrichtungen des Diakonischen Werks nicht einmal 1,5 Millionen Euro. Das sind weniger als zwei Prozent des Haushalts der Kirche. (*idea*, 26.5.10)

I (4038) **Berlin**. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat die Klage eines 16-jährigen Muslimen abgewiesen, der mittags sein Gebet in der Schule halten und dafür einen Raum beanspruchen wollte. Das Gericht änderte damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom September 2009 aus erster Instanz. In der Begründung verwies das Gericht jetzt vor allem auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule. An den Schulen müssten sowohl die pluralen weltanschaulichen Überzeugungen Andersgläubiger als auch die Gleichberechtigung und der Schulfrieden gewährleistet sein. Das Urteil ist bislang in Deutschland einmalig. Deshalb ist eine Revision zugelassen und der Kläger kann in nächster Instanz vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen.

Mit Ausnahme der FDP begrüßten alle Parteien das Urteil. Der rot-rote Senat sah sein Bemühen um den Schulfrieden bestätigt; schließlich könnten sonst alle Gemeinschaften kommen und die Schulräume für religiöse Zwecke nutzen. Der Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus wies darauf hin, dass sonst sogar für Jungen und Mädchen getrennte Räume zur Verfügung gestellt werden müssten. Selbst bekennende muslimische Abgeordnete begrüßten das Urteil, das im übrigen genau der Rechtslage in der Türkei entspricht. Am bemerkenswertesten war die Stellungnahme der CDU: Sie begrüßte die Stärkung des Prinzips der weltanschaulichen Neutralität staatlicher Einrichtungen. Vertreter der Linken bemerkten dazu, das solle die CDU mal ihrer bayerischen Schwesterpartei ans Herz legen. (*Berliner Morgenpost*, 28.5.10; *Tagesspiegel Berlin*, 28.5.10; *MIZ-Eigenrecherche*)

I (4039) **Bonn/Hannover**. Die katholische Kirche hat 2009 nach eigenen Angaben 123.585 Mitglieder durch Austritt verloren. Obwohl in dieses Jahr die Affäre um die Anerkennung der Piusbrüder und die Rehabilitierung des Holocaustleugners Williamson durch den Papst fiel, sind das nur 2430 Personen mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig traten etwa 12.500 Personen ein, rund 1500 weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Taufen sank um etwa 7500 auf 178.000. Genauere Angaben sollen im Sommer folgen. (Mitteilung der Deutschen Bischofskonferenz, 23.5.10) Fast zeitgleich gab die EKD die korrigierten Daten ihrer Mitgliedskirchen für 2007 bekannt. Demnach traten mit 169.728 noch etwa 1000 Personen mehr aus als bisher angegeben (vgl. *MIZ*, 4/09, Meldung 3979) und die Gesamtmitgliederzahl liegt mit

24,515 Millionen um etwa 8000 niedriger (vgl. www.ekd.de/themen/statistik). Von den Neugeborenen wurden nur mehr 27 Prozent evangelisch getauft – ebenso viele wie bei den Katholiken. Bei den unter 15-Jährigen sank der evangelische Anteil auf 27,6 %, also 2,3 % weniger als insgesamt.

Anm. MIZ-Red.: Die EKD geniert sich offenbar zuzugeben, dass nicht nur ihr eigener Mitgliederanteil schon 2008 auf 29,9 % gesunken ist und jedes Jahr konstant um 0,3 weitere Prozentpunkte zurückgeht, sondern auch die Summe von Katholiken und Protestanten real unter die 60-Prozent-Marke gerutscht ist. Daher gibt sie nur noch eine Gesamtzahl aller Mitglieder christlicher Kirchen an und kommt dabei für 2008 auf 62,9 %, rechnet dabei aber nur noch die Orthodoxen und die ev. Freikirchen dazu, nicht aber die Neuausschließliche Kirche, die Zeugen Jehovas oder andere. Kennt auch sie, genau wie Herr Ratzinger, „christliche Gemeinschaften, die nicht Kirche im eigentlichen Sinne“ sind? Andererseits glauben nicht einmal die Orthodoxen an eine Mitgliederzahl von 1.456.500, wie dies die EKD ausweist. Dies erfasst nämlich nur die nach orthodoxem Ritus Getauften. Die orthodoxen Kirchen erheben nämlich keine Kirchensteuern, so dass auch die Möglichkeit eines Austritts nicht eingeräumt wird – was im übrigen nur logisch ist, wenn der Austritt lediglich die Befreiung von der Kirchensteuerpflicht beinhaltet. Anlässlich der Planung eines 3 Millionen Euro teuren und nur aus Spenden finanzierten Kirchenzentrums in München räumte der Weihbischof der *Rumänisch Orthodoxen Metropole* ein, seine Kirche sei zwar zur Erhebung von Kirchensteuern berechtigt, aber „wir machen das nicht, weil wir unsere Gläubigen verlieren würden“ (*Süddeutsche Zeitung*, 19.3.10). Dies bestätigt Annahmen von Insidern, dass die Orthodoxen in Deutschland höchstens 100.000 echte Anhänger haben.

I (4040) **Berlin**. Das Fernsehen hat keine Schuld an dem schlechten Image der Kirche. Zu diesem Urteil kommt der Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), Peter Frey, der selbst Mitglied im *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* (ZDK) ist. Stattdessen sei die aktuelle Krise in einer mangelnden Kommunikationsfähigkeit der Kirche mitbegründet, so der Journalist beim 17. Europäischen Festival für religiöse TV-Programme in Berlin. Die Krise sei hausgemacht. Frey nannte verschiedene Beispiele für Kommunikationsschwächen: Bischöfe empfänden „die Journalisten als natürliche Feinde“, Kardinäle täten kritische Berichterstattung als „Geschwätz“ und Kampagnenjournalismus ab, kirchliche Gremien kreisten um sich selbst und vergäßen die Fragen der Menschen. Das alles mache es nicht einfacher, die Kirche im Fernsehen darzustellen. Kirche und Religion sollten seiner Ansicht nach im Fernsehen stärker erzählerisch oder unterhaltend als abstrakt und starr vermittelt werden. „Zuschauer lieben Geschichten. Und das Fernsehen als Erzählmedium ist dafür gut geeignet.“ (*Katholische Nachrichten Agentur [KNA]*, 5.6.10)

Anm. MIZ-Red.: Es fragt sich schon, was ein Chefredakteur des ZDF überhaupt auf einem Kongress zu suchen hat, der religiöse Missionierung über das Fernsehen anstrebt. Ist es wirklich seine Aufgabe, den Kirchen Tipps zu geben, wie sie sich besser vermarkten können?

I (4041) **Hannover**. Vor allem bei Muslimen steigt mit der Religiosität die Gewaltbereitschaft. Das geht aus einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen unter annähernd 45.000 Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren hervor. Davon stammten etwa 10.000 aus Migrantenfamilien. Die höchste Gewalttäterquote stellten die Forscher unter sehr religiösen muslimischen

Männern fest. 23,5 Prozent fallen durch Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder Raub auf; bei den „etwas religiösen“ sind es 19,6 Prozent.

Der Kriminologe und Direktor des Instituts, Christian Pfeiffer, führt die hohe Gewaltbereitschaft junger Muslime vor allem auf Männlichkeitsvorstellungen zurück. Die muslimische Religiosität fördere eine Macho-Kultur. Ein Problem ist laut Pfeiffer auch die Vermittlung des Islam durch Imame aus dem Ausland, die ohne Sprach- und Kulturkenntnisse nach Deutschland kommen. Eine pauschale Verurteilung des Islams wirke jedoch laut Pfeiffer kontraproduktiv und fördere die Ausgrenzung sowie den Rückzug junger Muslime in ihre Milieus. Vielmehr sei eine noch stärkere Integration nötig, vor allem durch Bildung. (*Augsburger Allgemeine*, 7.6.10)

I (4042) **München**. Die CSU bewegt sich bei der Frage der umstrittenen „Konkordatslehrstühle“ um keinen Millimeter. Die Grünen hatten im Hochschulausschuss die Abschaffung des Mitwirkungsrechts der katholischen Kirche bei der Besetzung jeweils eines Lehrstuhls in den Bereichen Philosophie, Pädagogik und Gesellschaftswissenschaften an jeder der sieben bayerischen Universitäten beantragt. Daraufhin meinte der CSU-Ausschussvorsitzende, die Grünen zeigten „einmal mehr ihre kirchenfeindliche Haltung“. Die CSU lehne eine Änderung ab, „denn die Konkordatslehrstühle sind Bestandteil grundlegender Vereinbarungen mit dem Heiligen Stuhl, welche die jahrhundertelange christliche Tradition Bayerns widerspiegeln“.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU, ein ehemaliger Religionslehrer, unterstellte der Öko-Partei sogar wegen ihrer „tief sitzenden Abneigung gegen die christlichen Kirchen“ sogar „ein gestörtes Verhältnis zu den Wurzeln unserer Gesellschaft“. Der ehemalige Wissenschaftsminister Goppel bekräftigte zwar zunächst „das ausdrückliche Bekenntnis der CSU zur Trennung von Kirche und Staat“, verdrehte dann aber dessen Sinn ins Gegenteil und betonte die „überragende Bedeutung der Kirchen, soweit es um die von ihnen vertretenen Werte, ein von ethischen Maßstäben geprägtes Zusammenleben in diesem Land geht“. Obwohl mehrere konfessionslose Bewerber für Konkordatslehrstühle geklagt hatten, weil sie faktisch von der Besetzung ausgeschlossen wurden, behauptete Goppel: „Das Konkordat richtet nirgends Schaden an. Es garantiert im Gegenteil, dass Staat und Gesellschaft bei wichtigen Lehrstuhlbesetzungen die Rückbindung an die Werte des Grundgesetzes beziehungsweise der Bayerischen Verfassung beachten.“ Allerdings beobachtet die CSU aufmerksam die verfassungsrechtliche Prüfung in einem Fall an der Uni Erlangen-Nürnberg, das vom Bund für Geistesfreiheit (bfg) Bayern und der Giordano-Bruno-Stiftung (gbs) unterstützt wird. (*Münchner Merkur*, 9.6.10; Mitteilung der CSU-Landtagsfraktion Bayern vom 8.6.10)

Anm. *MIZ-Red.*: Eine derart arrogante und Rechtsgrundsätze auf den Kopf stellende Haltung wird der CSU noch einmal leid tun (weshalb diese Position hier auch so ausführlich dokumentiert wird). Der Katholikenanteil sinkt in Bayern nämlich rapide um jährlich etwa 0,7 Prozent und wird bei der nächsten Landtagswahl 2013 nur noch knapp über der Hälfte liegen. Damit verringern sich die Wahlchancen der CSU entsprechend.

I (4043) **Lahr**. Der christlich-pietistische Traditionsverlag St.-Johannis-Druckerei (Lahr bei Offenburg) ist insolvent. Die 78 Mitarbeiter wurden ohne jede Vorwarnung "von ihrer Arbeitsverpflichtung freigestellt" und erhalten keinerlei finanzielle Entschädigung oder Überbrückung von dem christlichen Arbeitgeber.

Der Geschäftsbetrieb war bereits im Mai zum Erliegen gekommen, da kein Geld vorhanden sei, um Aufträge vorzufinanzieren. Die Frage, ob daraus eine strafbare Konkursverschleppung abzuleiten ist, wurde nicht beantwortet. Das 1896 gegründete Unternehmen, das aus Druckerei, Verlag und SKV-Edition besteht, brachte einige Bestseller heraus, darunter (mit rund 900.000 Exemplaren) das Buch „Schluss mit lustig“ des evangelikalen Fernsehjournalisten und früheren EKD-Ratsmitglieds Peter Hahne. Auch der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel („Maß und Mitte“) war Autor, brachte dem Verlag aber weniger Glück. (*idea*, 9.6.10)

I (4044) **Hannover**. Kurz vor seiner Nominierung zum Bundespräsidenten-Kandidaten trat Christian Wulff (CDU) mit dem Vortrag "Politik aus christlichem Geist in einer modernen Welt" bei rechtslastigen Evangelikalen auf. Vor dem einladenden "Arbeitskreis Christlicher Publizisten" (ACP) warnen seit Jahren Sektenbeauftragte der evangelischen Kirchen, den sie als "fundamentalistische Splittergruppe am äußerst rechten Rand des Protestantismus" verorten. Der Name ACP sei irreführend, sagt Claudia Knepper von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Berlin: Seriöse evangelische und katholische Publizisten seien dort nicht vertreten. Die Zentralstelle rät zur Distanz. Auch die Fraktion der Linken im niedersächsischen Landtag sieht im ACP eine "christlich-fundamentalistische Lobbygruppe, die sich am rechten Rand bewegt". In einer aktuellen Stunde des Landtags am Donnerstag fragte ihre Vorsitzende Flauger, warum Wulff die Einladung zu der Veranstaltung des ACP im "Glaubenszentrum Bad Gandersheim" angenommen habe und "mit dem Besuch diese Kreise aufwertet".

Der ACP mit Sitz im hessischen Niedenstein besteht seit 1972 und gibt an, rund 500 Mitglieder zu haben. Auf seiner Website stellt sich der ACP als internationaler Kreis vor, dessen "Ziel eine angemessene Publizierung von biblischen Denk- und Handlungsweisen und der Vertretung christlicher Werte in den modernen Massenmedien" sei. Angemessen ist es für den ACP beispielsweise, Homosexualität als therapierbar darzustellen.

1998 durfte der Vorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer im Interview mit ACP-Publikationen seine Weltsicht darlegen. Justiziar des ACP ist Konrad Löw. 2004 hatte die *Bundeszentrale für politische Bildung* einen Beitrag des emeritierten Professors zurückgezogen, weil er geeignet sei, die "deutschen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur zu verharmlosen" und die "Abstreitung der deutschen Urheberchaft an den Verbrechen" voranzutreiben. Löw hatte geschrieben: "Wir sollten jenen entgegentreten, die allgemein von deutscher Schuld sprechen, wenn damit gemeint ist, dass die große Mehrheit der damals lebenden Deutschen mitschuldig gewesen sei." In der rechtsextremen *National-Zeitung* hatte Löw das Verhalten der Bundeszentrale als "neurotische Reaktion" bewertet. Bis heute referiert Konrad Löw solche Thesen in extrem rechten Kreisen. Der Ministerpräsident selbst nahm zu seinem Verhalten nicht Stellung.

(*Tageszeitung*, 10.6.10)

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Wulff auch dem Kuratorium des Evangelisationswerks *ProChrist* (Kassel) angehört. Daher sei er als Bundespräsident „nicht akzeptabel“, schrieben führende Konfessionslose und Atheisten im Internetmagazin *wissenrockt.de*. Ein Bundespräsident, „der Gruppierungen unterstützt, die aufgrund religiöser Wahnideen die Evolutionstheorie leugnen und Schwulenhetze betreiben“, sei untragbar, schrieb der Vorstandssprecher der Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon. Der *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) monierte, dass hinter Wulffs „bieder-

leutseligen Schwiegersohn-Fassade“ ein „Unterstützer knallharter evangelikaler Missionare“ stecke. Nach Ansicht von Prof. Frieder Otto Wolff, Präsident des Humanistischen Verbands Deutschlands (Berlin), lässt Wulff ein klares Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Trennung von Staat und Kirche vermissen. Da wäre Pfarrer Gauck noch eher akzeptabel, wenn er seine Vergangenheit als Geistlicher hinter sich ließe, so Wolff. (*idea*, 10.6.10)

Frankreich

I (4045) **Bordeaux**. Die seit längerem umstrittene traditionalistische katholische Privatschule in Bordeaux muss schließen. Die Schulbehörden forderten die Eltern auf, ihre Kinder an anderen Schulen anzumelden.

In einer Undercover-Reportage des Senders „France2“ waren Ende April rechtsradikale, rassistische und antisemitische Äußerungen von Lehrkräften und Schülern der Schule enthüllt worden. In der Fernsehsendung war es um die Verbindungen zwischen einer rechtsextremen Gruppe in Bordeaux und traditionalistischen Kirchenkreisen gegangen. Die dabei gezeigte Pfarrei und die Schule gehören zum „Institut du Bon Pasteur“. Anfang Mai führte die Schulbehörde neue Kontrollen an der Schule durch. Dabei habe sich herausgestellt, dass bei der Ausbildung vor allem in den Bereichen Geschichte und Wissenschaften weiter erhebliche Mängel bestünden. - Die von dem Traditionalisten-Priester Philippe Laguerie gegründete Einrichtung widmete sich der Pflege des traditionellen katholischen Liturgie und der Priesterausbildung nach dem alten Ritus. (*Le Monde*, 4.6.10; *Libération*, 4.6.10)

I (4046) **Paris**. Ein homosexuellenfreundlicher Werbespot von McDonald's in Frankreich erregt weltweit Protest bei konservativen Christen.

Der Kurzfilm zeigt einen Schüler, der in einem McDonald's-Restaurant sein Klassenfoto anschaut, mit seinem Freund telefoniert und ihm sagt, dass er ihn liebt und vermisst. In diesem Augenblick kommt der Vater mit dem Essenstablett und erklärt seinem Sohn stolz, dass er früher ein „Weiberheld“ gewesen sei. „Schade, dass Du in einer reiner Jungenklasse bist“, so der Vater. Zum Bild des vieldeutig lächelnden Sohnes wird der Slogan „Komm, wie Du bist“ eingeblendet. Die Werbung soll die Vielfalt der Kunden der Imbiss-Kette herausstellen.

Während Vertreter von Homosexuellengruppen den Werbespot begrüßen – mit Ausnahme der Tatsache, dass sich der Schüler nicht zu seiner Homosexualität bekennt – trifft er bei Konservativen insbesondere in den USA auf scharfe Kritik. So meint der Präsident der „Amerikanischen Vereinigung für Anstand“ der Konzern fördere „das gottlose Verhalten von einigen wenigen“. Nicht zum ersten Mal engagiert sich McDonald's für Homosexuelle. Vor zwei Jahren wurde das Unternehmen Partner der „Nationalen Handelskammer für Schwule und Lesben“ in den USA. Richard Ellis, damals stellvertretender Kommunikationsdirektor für McDonald's in den Vereinigten Staaten, wurde in den Vorstand der Lobbyvereinigung berufen. Nachdem die (christlich-fundamentalistische) *Amerikanische Familienvereinigung* Mitte 2008 zu einem Boykott der Restaurantkette aufgerufen hatte, legte Ellis seinen Vorstandsposten wieder nieder. Der neue Werbespot wird ausschließlich in Frankreich gezeigt. Es gebe dort keine Probleme mit Homosexualität, erklärte die Markendirektorin für McDonalds, Nathalie Legarlan-tezec. Man stelle lediglich die französische Gesellschaft so dar, wie sie eben sei. (*idea*, 4.6.10)

Niederlande

I (4047) **Amsterdam**. Auch in Holland steigt die Zahl der Kirchenaustritte. Allein in den ersten drei März-Wochen hätten etwa 550 Personen mehr ihren Austritt erklärt als in vergleichbaren Zeiträumen früherer Jahre. Medien bringen den Anstieg mit den Berichten über sexuellen Missbrauch in Verbindung. Bei der kirchlichen Stelle „Hilfe & Recht“ sind nach eigenen Angaben im gleichen Zeitraum etwa 1.100 Meldungen über sexuellen Missbrauch in den Niederlanden eingegangen. (Pressemitteilung der Niederländischen Bischofskonferenz, 25.3.10; *Katholische Internationale Presseagentur* der Schweiz [kipa], 26.3.10)

I (4048) **Zierikzee/Hamburg**. Der evangelische Pastor Klaas Hendrikse darf seine atheistischen Ansichten weiterhin ganz offiziell im Sonntagsgottesdienst predigen. Nach der Publikation seines Bestsellers „Glauben an einen Gott, den es nicht gibt“ hagelte es Proteste und Forderungen nach Amtsenthebung. Aber die Kirche reagierte zunächst nicht (vgl. *MIZ* 4/07, Meldung 3765). Nun musste sie doch eine Entscheidung treffen, die aber die meisten Gläubigen völlig überraschte: Dass ein Pfarrer sage, „Gott existiere nicht, ist ein Teil der theologischen Debatten. Eine solche Meinung tastet die Fundamente der Kirche nicht an“, heißt es in der offiziellen Erklärung der *Protestantischen Kirche der Niederlande* (PKN). Auch wenn seine Meinung der offiziellen Haltung der Kirche widerspreche, so bringe Pfarrer Hendrikse doch die Diskussion um den Gottesbegriff voran.

Dies rief den ehemaligen Pastor und (damals wie heute) bekennenden Atheisten Dr. Paul Schulz auf den Plan, der nach einem siebenjährigen „Lehrzuchtverfahren“ als bisher einziger Pfarrer 1979 aus dem evangelischen Kirchendienst entfernt wurde. Er forderte die Kirche auf, auch ihn wieder offiziell predigen zu lassen. Schließlich sei auch Frau Käßmann vom Glauben abgefallen, als sie bekannte, sie könne sich Gott auch als Frau vorstellen. Die Kirchenleitung reagierte formalistisch. Ihr leitender Jurist meinte, die Wiederaufnahme eines Lehrzuchtverfahrens sei nicht in den Statuten vorgesehen und die niederländische Entscheidung habe keine Auswirkung auf deutsche Landeskirchen. (*Tagesspiegel* Berlin, 25.5.10)

Anm. *MIZ*-Red.: Die geradezu groteske Erklärung der niederländischen Kirche ist ein kabarettreifer Offenbarungseid. Wenn eine atheistische Überzeugung die Fundamente der Kirche nicht in Frage stellt, was denn dann? Deutlicher kann das Eingeständnis nicht mehr ausfallen, dass diese Kirche *überhaupt kein* Fundament mehr hat.

Die Forderung von Dr. Schulz ist in diesem Zusammenhang ein geschickter Schachzug, zumal er – was der Meldung nicht zu entnehmen ist – keineswegs wieder in den Kirchendienst zurückkehren, sondern nur in Kirchen predigen will. Er legt den Finger in die Wunde, dass die deutsche evangelische Kirche kaum weniger profillos ist als die niederländische. So gab der hessische Ex-Bischof Steinacker schon vor Jahren zu, dass man sich nicht einmal in der Synode der EKD einigen kann, was zum Kernbestand des christlichen Glaubens gehört, und diese Frage daher ausklammert. Natürlich weiß die EKD auch genau, dass die Zahl der (insgeheim) zweifelnden oder ungläubigen Pastoren beträchtlich ist.

Polen

I (4049) **Warschau**. Unter den Opfern der Flugzeugkatastrophe, bei der am 10. April zehn Besatzungsmitglieder und 86 Passagiere ums Leben kam, waren neben Polens

Präsident Lech Kaczynski auch zehn Geistliche. Sie wollten gemeinsam mit dem Staatsoberhaupt an einer Gedenkfeier im westrussischen Katyn teilnehmen. Zu den Toten gehören der katholische und der evangelische Militärbischof, der orthodoxe Militär-Erzbischof und der Rektor der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität Warschau sowie der persönliche Kaplan des Staatspräsidenten. (*kap* [=österreichische katholische Presseagentur], 11.4.10)

Serbien

I (4050) **Belgrad**. Der sportliche Erfolg hat im orthodoxen Serbien Vorrang vor der Religionsfreiheit. Vor dem Abflug zur Fußball-WM musste die gesamte Mannschaft den Tempel des Heiligen Sava, die größte orthodoxe Kirche der Welt, besuchen und dort um himmlischen Beistand bitten. Die (Placebo-)Wirkung ließ nicht auf sich warten: Zumindest stieg die Mannschaft erst einmal zuversichtlich in das Flugzeug ließ verlauten: „Wenn die WM beginnt, werden wir bereit sein.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 9.6.10)

Vatikan

I (4051) **Vatikanstadt/Washington/Mexico City**. In der weltweiten Skandalserie wegen sexueller Missbräuche von Kindern durch katholische Kleriker wird es nun eng für den Papst. Kritiker inner- wie außerhalb der Kirche werfen Josef Ratzinger vor, in mehreren Fällen die Aufklärung und disziplinarische Maßnahmen durch die Kirchenleitung verhindert zu haben.

Als er noch Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre war, hatte ihn ein Bischofskollege aus den USA um die Entlassung eines hochrangigen Priesters gebeten, der zwischen 1950 und 1974 an einer renommierten katholischen Schule in Wisconsin (zuletzt als deren Leiter) tätig war. Obwohl dieser 1998 verstorbene Lawrence Murphy mehr als 200 Kinder missbraucht hatte, wurde er nach den ersten Anschuldigungen nur innerhalb der Diözese Milwaukee versetzt, wo er weiterhin ständig mit Kindern in Kontakt kam. Die Polizei wurde nie eingeschaltet.

Aus den Akten zu einem Entschädigungsprozess, die der *New York Times* vorliegen, geht hervor, dass drei amtierende Erzbischöfe informiert waren, aber erst der dritte zwei Briefe an Ratzinger schrieb, der jedoch nicht antwortete. Und selbst dort ging es primär um die Verletzung des Beichtsakraments (weil ein Teil der Missbräuche im Beichtstuhl stattfand) und nicht um die strafrechtlichen Verfehlungen. Erst acht Monate nach dem zweiten Brief wies Ratzingers damaliger Stellvertreter Bertone den örtlichen Erzbischof Weakland an, ein geheimes (!) Kirchenverfahren gegen Murphy einzuleiten. Dieses wurde aber gestoppt, nachdem der schwerkranke Beschuldigte in einem persönlichen Brief direkt an Ratzinger um Milde wegen seines Gesundheitszustands gebeten hatte. (Die Kirche hatte übrigens versucht, diese letzteren Unterlagen aus dem Gerichtsverfahren auszuschließen!) Schließlich riet die Glaubenskongregation Weakland, er solle es dabei belassen, von Murphy die Übernahme der moralischen Verantwortung für seine Taten zu verlangen. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.3.10)

Ähnlich liegen die Umstände bei dem Gründer des Ordens „Legionäre Christi“. Der inzwischen ebenfalls verstorbene Kleriker Marcial Maciel Degollado hatte jahrelang Seminaristen missbraucht und überdies ein Doppelleben mit zwei Frauen und mehreren Kindern geführt. Dem Vatikan waren diese Fakten spätestens seit 1998 bekannt, doch wurde das Verfahren gegen ihn 1999 eingestellt – vom damaligen Kardinal Ratzinger. Angesichts der heftigen innerkirchlichen Kritik an ihm und an

Kardinal Sodano wegen der Verschleppung des Verfahrens sah er sich nun aber zur Klarstellung genötigt, der Ordensgründer habe ein „sehr schwerwiegendes und objektiv unmoralisches Verhalten“ an den Tag gelegt, „das durch unbestreitbare Zeugenaussagen belegt ist“. Vor allem wurde ihm nun zur Last gelegt, er habe ein „gewissenloses Leben *ohne echte religiöse Gesinnung*“ geführt; ein verantwortungsloses Leben *mit* echter religiöser Gesinnung wäre demnach weniger schlimm gewesen. (*Stern*, 8.4. u. 10.6.10)

I (4052) **Wien**. Der Fall des Wiener Kardinals Groer, dem in den 90er Jahren Kindesmissbrauch vorgeworfen worden war, bekommt unerwartete Brisanz. In einem jetzt veröffentlichten Brief gestand der Kirchenfürst 1998 einem Freund, ein „heiliges Silentium secretum“ (also ein geheimes Schweigegebot) hindere ihn, sich öffentlich zu den Vorwürfen zu äußern. Kirchenexperten interpretieren dieses Schweigegebot als eine Weisung direkt aus der vatikanischen Zentrale, denn niemand sonst als der Papst persönlich habe dem Kardinal den Mund verbieten können. Wie in so schweren Fällen angeordnet, habe Groer wohl direkt beim Papst Johannes Paul II. gebeichtet. Die Lossprechung von den Sünden (Absolution) habe das Oberhaupt diesem Brief zufolge mit der Verpflichtung verbunden, sich in dieser Sache auf keinen Fall öffentlich zu äußern. (*Profil*, 8.6.10; *Süddeutsche Zeitung*, 8.6.10)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4053) **New York**. Mit einer Buskampagne wollen ehemalige Muslime in den USA jenen Männern und Frauen helfen, die sich vom Islam abwenden. Sie kommen vielfach unter Druck, weil das islamische Religionsgesetz, die Scharia, die Todesstrafe für den „Abfall vom Islam“ vorsieht.

„*Wollen sie den Islam verlassen? Bedroht Sie Ihre Familie?*“, heißt es auf Reklameflächen auf Bussen in mehreren Städten der USA, unter anderem in New York. Hilfesuchende werden unter anderem an die Internetseite www.refugefromislam.com verwiesen.

Die Kampagne stieß vereinzelt auf Kritik, weil sie Ressentiments gegen den Islam fördere. Die Initiatorin weist dies zurück. Die Kampagne richte sich nicht an praktizierende Muslime, sondern an jene, die dieser Religion ohnehin den Rücken kehren wollten. Weltweit würden Tausende Konvertiten gequält und manche getötet, weil sie ihre Religion wechseln wollten. Gleichwohl weigerten sich Busunternehmen in einigen Städten mit großen muslimischen Bevölkerungsgruppen wie in Detroit, Reklameflächen zur Verfügung zu stellen. (*idea*, 3.6.10)

Asien

Iran

I (4054) **Bonn/Teheran**. Welche Blüten die Phantasien fanatischer evangelistischer Missionare treiben, machte ungewollt eine iranische Pastorin deutlich, die von der rechtskonservativen „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) eingeladen worden war.

Sie behauptete, in der iranischen Hauptstadt Teheran seien in den letzten Monaten einige Tausend Muslime Christen geworden. Der Darstellung der in Frankfurt/Main lebenden Pastorin zufolge sollen allein in Teheran mehr als 100.000 solcher Christen leben. Infolge des Drucks der islamischen Geistlichkeit, machten die Menschen angeblich unerwartete Glaubenserfahrungen. „Jesus Christus begegnet ihnen im Traum“, hätten ihr Freunde im Iran mitgeteilt. Dadurch kämen Drogenabhängige von ihrer Sucht frei, und Kranke würden überraschend gesund. (*idea*, 26.3.10)
Anm. *MIZ*-Red.: Niemand bestreitet, dass der schiitische Klerus, der den Iran im Griff hat, äußerst fanatisch und intolerant ist. Die von US-Sekten beeinflussten „Missionare“ demonstrieren aber immer wieder selbst, dass sie nicht die Lösung, sondern die Verschärfung des Problems sind. Wer solch blühenden Unsinn über den Iran erzählt, kann entweder nicht mehr zwischen Wunsch und Realität unterscheiden oder lügt ganz einfach. Dass IGFM und der „Informationsdienst der evangelischen Allianz“ (*idea*) eine solch lächerliche Inszenierung überhaupt erst möglich machen, sagt eine Menge über diese beiden Organisationen aus.

Afrika

Kenia

I (4055) **Nairobi**. Die wochenlangen Verhandlungen zwischen Vertretern von Staat und christlichen Kirchen zur Verfassungsreform sind ergebnislos abgebrochen worden. Streitpunkt war vor allem die Frage nach dem Lebensschutz. Die Christen forderten einen „umfänglichen Schutz von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod“, womit sie die Aufnahme der gemeinsamen Morallehre von Katholiken und Evangelikalen in den Verfassungstext meinten. Außerdem stellten sich Vertreter mehrerer Konfessionen - ebenso wie die wenigen Freidenker und Humanisten im Lande - gegen die geplante Einführung islamischer Gerichte. Diese würde zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Auf katholischer Seite nahm u.a. der Präsident der kenianischen Bischofskonferenz, Kardinal John Njue, an den Verhandlungen teil, obwohl er von keinem demokratischen Gremium dazu legitimiert wurde.

Als Gründe wurden die Zulassung islamischer Gerichte genannt, was auch säkulare Kräfte strikt abgelehnt hatten, sowie die Legalisierung von Abtreibungen, wenn die Gesundheit oder das Leben der Mutter bedroht ist. Da sich die Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirchen sowie der Pfingstgemeinden in Fragen des Lebensrechts nicht auf Kompromisse einlassen wollten, verließen sie die Gesprächsrunde – ausgerechnet mit dem Vorwurf, dem Grundgesetzentwurf mangle es auch an einer Trennung von Staat und Religion, wie der stellvertretende Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Philip Sulumeti, anschließend erklärte. Die Gemeinschaften wollen jetzt Christen raten, bei einer Volksabstimmung gegen den Entwurf zu stimmen.

Von den 39 Millionen Einwohnern Kenias sind offiziell 79 Prozent Kirchenmitglieder, darunter etwa jeweils 26 Prozent Anglikaner und Katholiken. Neun Prozent sind Muslime, und etwa zwölf Prozent gehören Stammesreligionen an. Nichtreligiöse bzw. weltlich orientierte Menschen wurden dabei allerdings nicht separat erfasst. (*Radio Vatikan*, 11.4.10; *idea*, 4.5.10)